

Breite Mehrheit für den Windpark

Stromerzeugung Die meisten Fraktionen im Rottenburger Gemeinderat wollen städtische Grundstücke für den Bau von Windrädern verpachten. *Von Michael Hahn*

So voll war es seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie nicht mehr gewesen im Großen Sitzungssaal im Rottenburger Rathaus: Mehr als 60 Zuhörer drängten sich bei der Gemeinderatssitzung am gestrigen Dienstagabend in den hinteren Stuhlreihen und oben auf der Empore. Allerdings mussten sie (auch die Presse) gleich zu Beginn den Saal erstmal wieder verlassen. Denn FaiR-Stadtrat Volkmar Raidt hatte beantragt, die entscheidende Abstimmung nicht – wie geplant – erst am Ende in nicht-öffentlicher Sitzung abzuhalten. Darüber musste das Gremium wiederum nicht-öffentlich entscheiden.

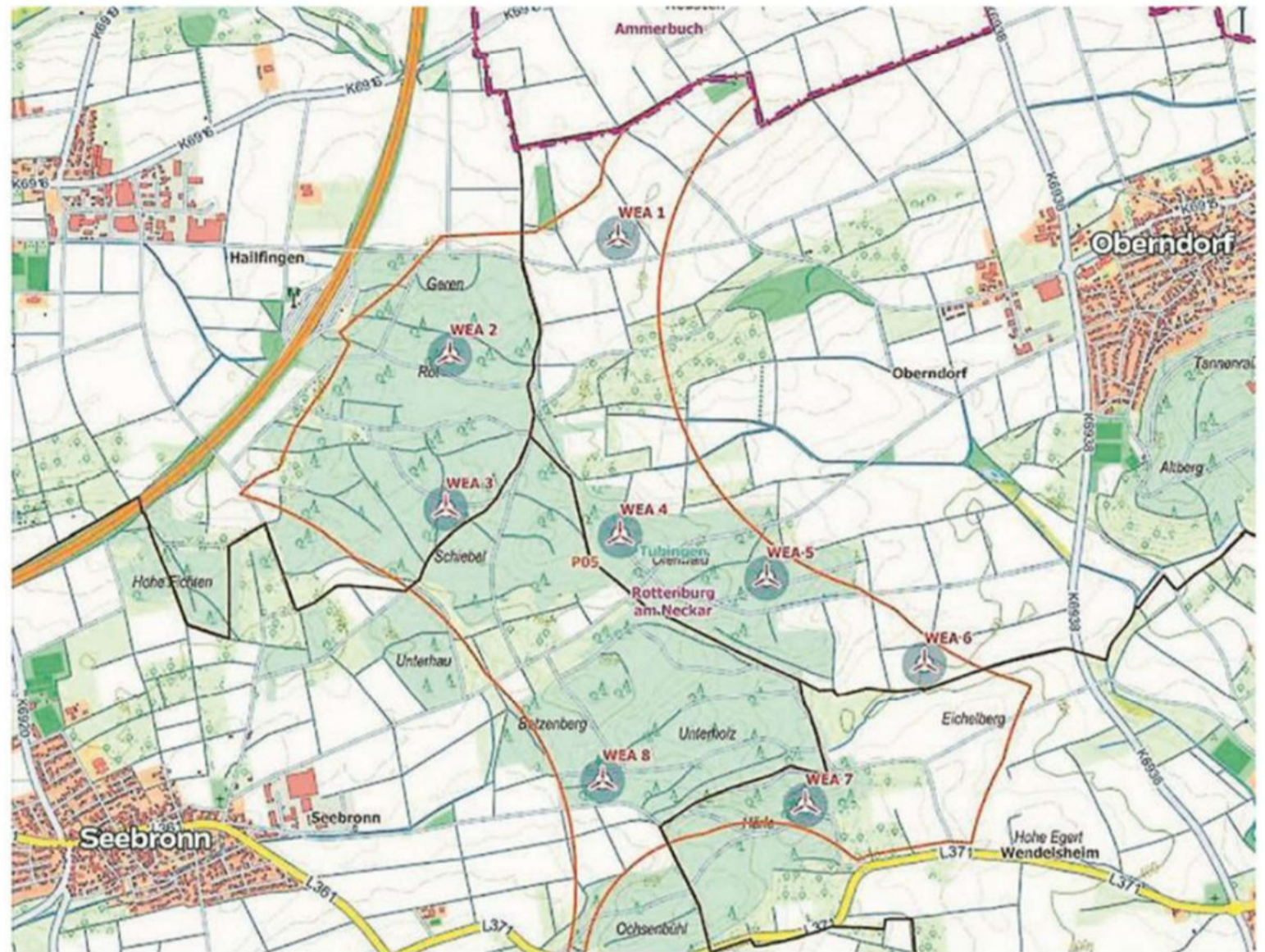
Es blieb bei der angekündigten Tagesordnung, und das Publikum durfte wieder rein in den Saal. Nur die Diskussion und die zusammenfassenden Fraktions-Stellungnahmen sollten öffentlich stattfinden, aber nicht die förmliche Abstimmung über die Verpachtung. Das sei so üblich, sobald private Geschäftsinteressen berührt sind, sagte Oberbürgermeister Stephan Neher zur Begründung. Also beispielsweise bei Grundstücks-Angelegenheiten. Das genaue Abstimmungsergebnis in der nicht-öffentlichen Sitzung (nach 21.40 Uhr) will die Stadt am heutigen Mittwochvormittag bekannt geben.

Lob für den Dialog

Das Meinungsbild war aber auch so eindeutig: Eine breite Mehrheit im Gemeinderat ist dafür, fünf städtische Grundstücke im Wald zwischen Hailfingen, Oberndorf, Wendelsheim und Seeborn für den Bau von Windrädern zu verpachten. Drei weitere Windräder könnten auf privaten Grundstücken entstehen. Die Anlagen dürften frühestens Anfang 2026 in Betrieb gehen.

Damit folgte das gesamt-städtische Gremium den Empfehlungen der vier betroffenen Ortschaftsräte: Vor einer Woche hatten Hailfingen, Oberndorf und Wendelsheim jeweils mehrheitlich für eine Verpachtung gestimmt, nur in Seeborn scheiterte der Antrag bei Stimmgleichheit (wir berichteten).

Am Ende von fast zwei Stunden öffentlicher Debatte gaben die sieben Gemeinderats-Fraktionen und Gruppierungen ihre vorbereiteten Stellungnahmen ab: Grüne, Freie



Acht Standorte für Windenergie-Anlagen waren zunächst grob markiert, sechs davon liegen auf städtischen Grundstücken. Nachdem der Seebornner Ortschaftsrat vor einer Woche seine Zustimmung verweigerte, entfällt nun die südwestlich gelegene „WEA 8“.

Grafik: Stadtwerke Rottenburg

Wähler/Freie Bürger, SPD und Junge Aktive kündigten ausdrücklich an, sie würden für eine Verpachtung stimmen – „sehr gerne und mit Überzeugung“, wie es Hermann Steur (SPD) formulierte. Das dürfte auch für den OB selbst gelten. Zusammen bringen sie es bereits auf 18 (von insgesamt 33) Stimmen.

Diana Arnold, die Vorsitzende der neunköpfigen CDU-Fraktion (und Oberndorfer Ortsvorsteherin), legte sich nicht fest, sondern sprach von einem „freien Meinungsbild im Sinne des Gemeinwohls“. Und FaiR-Sprecher Raidt kündigte an, seine vierköpfige Fraktion werde „mehrheitlich“ zustimmen. Auch Linken-Sprecher Emanuel Peter signalisierte Zustimmung – verlangte aber zugleich, dass die Stadt die Verpachtungserlöse „an erster Stelle“ für einen „Notfallfonds“ verwendet, um hohe Energiekosten für arme Haushalte abzufedern. Damit dürfte es am Ende höchstens eine Handvoll Ablehnungen oder Enthaltungen gegeben haben.

In einer 45-minütigen „Fragestunde“ zu Beginn der Ratssitzung hatten sich ausschließlich Gegner und Gegnerinnen des geplanten Windparks zu Wort gemeldet. Sie bekräftigten ihre Zweifel, dass in dem Gebiet genügend Wind weht und dass von den Windrädern tatsächlich keine gesundheitlichen Gefahren (Infraschall?) ausgehen. Neue Argumente tauchten nicht mehr auf – aber auch keine Anfeindungen oder Störungen, wie es sie in manchen früheren Veranstaltungen gegeben hatte.

Finanzbürgermeister Hendrik Bednarz stellte einen ausführlichen Abschlussbericht über den Rottenburger „Energiedialog“ in den vergangenen acht Monaten vor, mit mehreren Exkursionen, kleinen und großen Infoveranstaltungen, Workshops und einer städtischen Broschüre. Diese acht Monate seien „gut angelegte Zeit“, sagte Bednarz. Denn so hätten die kommunalen Gremien eine bessere Entscheidungsgrundlage bekommen. Und wegen der großen „Transparenz“ sei in der Bevölke-

rung auch die „Akzeptanz“ gewachsen.

In ihren Stellungnahmen lobten alle Fraktionen diesen Meinungsbildungsprozess. So meinte Jörn Heumesser (Freie Wähler): „Der Energiedialog war ein gutes Verfahren. Die Fachleute waren äußerst kompetent.“ Man könne der Stadt gratulieren, „dass sie diesen Weg gewählt hat“. Nur Edmund Sieß, der Sprecher der „Gegenwind“-Initiative sah das anders: Die federführende fast 30-köpfige Dialoggruppe sei „extrem unparteiisch“ zusammengesetzt gewesen. Und die Investoren Altus AG und Stadtwerke hätten schon vor der Verpachtung der Grundstücke die nötigen Fakten klären sollen, etwa durch Windmessungen.

Das wird allerdings erst im kommenden Jahr erfolgen – als Teil des Genehmigungsverfahrens beim Tübinger Landratsamt. Nur ein Gutachten hat die Stadt bereits vorab in Auftrag gegeben, sagte Bednarz: Das zum Vogelschutz. Denn dafür müsse man einen ganzen Jahreslauf untersuchen.